

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 49

Köln, den 5. Dezember 1930

31. Jahrg.

## Wirtschaftskrise und Reparationspolitik.

Zu Parker Gilberts Abschlußbericht.

Seitdem in der Reparationsfrage an die Stelle des Dawesplanes der Youngplan, oder wie er offiziell heißt, der neue Plan, getreten ist, haben wir bewußt stets betont, daß wir, gemessen an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, auch den letzteren für nicht tragbar halten, wenn wir uns auch politisch zu demselben bekannt haben. Schneller, als die Welt es wohl erwartet hätte, scheint der Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens bei uns und den anderen großen Völkern uns recht zu geben. Die rapide Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage in Verbindung mit den weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen (oder als Folge derselben) haben eine derartige Veränderung in unseren Verhältnissen herbeigeführt, daß auch dem Optimisten heute die im Youngplan vorgesehenen deutschen Leistungen kaum mehr als erfüllbar vorkommen dürften. Die Erörterungen über die Reparationspolitik sind erneut in lebendigen Fluß gekommen, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch im gesamten Ausland. Dazu tritt, daß jenen der abschließende Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen, der in seinen Funktionen durch die Bank für internationalen Zahlungsausgleich abgelöst worden ist, vorliegt und gleichfalls diesen Erörterungen neuen Auftrieb geben dürfte.

Auch der jüngste Bericht ist ein echter Parker Gilbert. Er bewegt sich in der Beurteilung der Abwicklung des ursprünglichen Dawesplanes sowie der deutschen Wirtschaftslage in den gleichen einseitigen Gedankengängen wie seine Vorgänger. Er überschätzt genau wie das Dawesgutachten die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, schließt auf Grund mehr äußerer Kennzeichen und Vorgänge auf deren volle Gesundung und übersieht nur allzusehr die heute noch nicht vernarbten Wunden, die Krieg und Inflation dem deutschen Volke tiefgreifender und schmerzvoller als irgendeinem anderen Volke in der Welt geschlagen haben. Wenn der Bericht weiter konstatiert, daß „die Reparationen während der Periode des Dawesplanes, wie im Plane vorgesehen, vollständig entrichtet und übertragen worden sind und zwar während der fünf Annuitätjahre bis zu einem Gesamtbetrage von nahezu acht Milliarden Mark“, so stimmt das formal. Es wird hier erneut übersehen, daß die Leistungen nicht aus deutscher Substanz, nämlich einem Ausführüberschuß, der allein nach den Gedankengängen deräter des Dawesgutachtens eine echte Reparationsquelle sein kann, bestritten worden sind, sondern aus einer unechten Quelle, nämlich einer verhältnismäßig schnellen und großen Verschuldung Deutschlands an das an einem hohen deutschen Zinsfuß interessierte Ausland. Auf diesem die Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftslebens verkennenden Wege wird aber niemals eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems erzielt werden können.

Diese klare Tatsache rückt auch die weitere Auffassung des Generalagenten in das richtige Licht: „Der neue Plan stellt einen Akt des Vertrauens zu Deutschlands Treue und Glauben und zu seiner finanziellen Solidität dar, und Deutschland hat nunmehr unter eigener Verantwortung, ohne Überwachung durch Ausländer und ohne den vom Dawesplan gebotenen Transferschutz eine ganz bestimmte Aufgabe zu erfüllen.“ — Deutschland allein die Verantwortung zuzuschreiben, dürfte zum mindesten einseitig sein. Das widerspricht auch offenbar dem Wortlaut des Youngtextes, wo es wörtlich heißt: „Die Lösung des Reparationsproblems ist nicht

nur eine Aufgabe Deutschlands, sondern liegt im gemeinschaftlichen Interesse aller beteiligten Länder und verlangt die Zusammenarbeit aller Beteiligten.“ Die Forderung dieser Zusammenarbeit muß die Lösung Deutschlands sein, zumal als die wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl Deutschlands als auch der hauptsächlichsten am Youngplan interessierten Länder seit der Annahme desselben „durch das Absinken der Weltmarktpreise und dem allgemeinen Rückgang im Warenhandel und dem Wirtschaftsleben“ eine grundlegende Veränderung erfahren haben, wie Parker Gilbert wörtlich selbst hervorhebt. Dadurch erhält auch die Durchführbarkeit des neuen Planes ein durchaus anderes Gesicht.

Seit dem Inkrafttreten desselben sind nämlich die Preise aller Waren auf dem Weltmarkt in einem außerordentlich großen Umfang gesunken. Seit Mitte 1929 ist die allgemeine Preishöhe, gemessen am Index des englischen Handelsministeriums, um 15 %, gemessen an dem des amerikanischen Arbeitsministeriums um 14 %, an dem des Statistischen Reichsamtes um 15 % herabgegangen; im Durchschnitt also um 12 %. Durch diese Entwicklung ist für die Schuldnerländer die Situation insofern eine andere geworden, als die zur Schuldzahlung abzuführenden Gelder einen höheren Wert besitzen. Durch das Steigen der Kaufkraft des Goldes haben die Younglasten in ihrer praktischen Ableitung eine merkbare Erhöhung erfahren und zwar nach dem augenblicklichen Stand um mindestens 10 %. Der Dawesplan enthielt nun eine sogenannte Goldklausel, d. h. für den Fall, daß der Geldwert sich um mindestens 10 % nach oben oder nach unten hin verschob, sollte eine Abänderung der deutschen Zahlungen ermöglicht sein. Leider enthält der Youngplan eine solche Klausel nicht. Allein diese wesentliche Verschiebung im Wert der tatsächlichen Leistungen sollte ein Grund sein, eine erneute Revision vorzunehmen. Nicht minder einseitig, wie die Zuschreibung der alleinigen Verantwortung, ist es, wenn der Reparationsagent die Abwicklung des Dawesplanes in erster Linie davon abhängig macht, daß Deutschland endgültig Ordnung in seine Finanzen bringt. Auch hier darf nicht übersehen werden, daß die deutschen Finanzschwierigkeiten des letzten Jahres eben wieder eine Folge all der wirtschaftlichen Veränderungen und Umwälzungen sind, die wir unter dem Begriff der Weltkrise zusammenfassen, und jeder ungewöhnlichen Arbeitslosigkeit, die sich nicht ahnen ließ und alle unsere Finanzpläne immer wieder über den Haufen warf. So ist durch die Wucht des internationalen Weltgeschehens und die Schwerkraft der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten die Reparationsfrage schnell wieder in den Fluß der allgemeinen Erörterungen geraten. Es wäre wünschenswert, wenn diese nun nicht eher zum Stillstand kämen, bis das Problem eine Lösung gefunden hat, die auf die Dauer auch für Deutschland wirtschaftlich tragbar ist und zu einer Entwirrung der allgemeinen krisenhaften Entwicklungen beiträgt. In diesem Sinne sollte namentlich auch die Internationale Arbeiterbewegung einen systematischen Feldzug entfalten. Leider hat bisher die Internationale der sozialistischen Gewerkschaften hier so gut wie ganz versagt. Das Eintreten für eine internationale Streichung der Kriegsschulden auf der jüngsten Tagung dieser Internationale in Köln kann nicht als ein entsprechender Ersatz gelten. Dagegen haben die christlichen Gewerkschaften für sich als auch in ihrer internationalen Zusammenfassung schon frühzeitig auf die die Lebenshaltung der

deutschen Arbeitermassen beeinträchtigende Reparationspolitik in ihrer heutigen Gestalt hingewiesen. Den sozialistischen Gewerkschaften scheint diese Erkenntnis erst neuerdings gekommen zu sein. Sie haben leztlich eine Resolution angenommen, die in ihren wichtigsten Teilen lautet: „Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszufalten.“ — Zum Schluß der Resolution heißt es dann nochmals: „Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiter-

schaft der gesamten Welt heute leidet.“ — **In der Form der großen Arbeitslosigkeit und der durch sie bedingten Herabdrückung der Lebenshaltung bezahlen heute die deutschen Arbeitnehmer vorzugsweise die Reparationskosten.**

Wenn Parker Gilbert in seinem Bericht einleitend bemerkt, von der Lösung des Problems der Ordnung der öffentlichen Finanzen Deutschlands würden die künftigen Fortschritte des deutschen Wirtschaftslebens nicht zum geringsten Teil abhängen, so ist dieser Satz richtig. Den eisernen Willen hierzu enthält das Programm der Reichsregierung Brüning. Aber ebenso richtig wie Parker Gilberts Satz ist der unserige, daß Fortschritte des deutschen Wirtschaftslebens maßgebend erschwert werden durch eine Reparationspolitik, die auch heute noch der wirklichen wirtschaftlichen Kraft und Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes keine Rechnung trägt.

n. d. B.

# Der Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft und die soziale Pflicht der Volksgeamtheit.

Vortrag von C. Jansen auf dem XIII. Verbandstag.

(Schluß)

Vor einigen Monaten ist im Reichsarbeitsministerium unter Mitwirkung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ gegründet worden. Sinn der Gesellschaft ist, bei Einsatz der rücklaufenden Mittel aus der produktiven Erwerbslofenfürsorge zusätzliche öffentliche Arbeiten zu finanzieren und so aber Tausende von Arbeitslosen wieder in Beschäftigung zu bringen. Trozdem uns die Arbeitslofennot auf den Nägeln brennt, haben wir seit dem Gründungsakt noch nichts wieder von der „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ gehört. Reich und Länder haben ebenfalls Arbeitsbeschaffungsprogramme aufgestellt. Auch darüber ist kaum etwas wieder verlautet. Gibt es denn in Deutschland wirklich nichts Dringlicheres als den politischen Krakeel, als die Volksunterhaltung für anspruchlose Bürger durch die Parlamente, als Mißtrauensnoten und Wahlkomödien! Genug damit. Endlich sollte es gelten, Arbeit zu beschaffen.

An Arbeit aber fehlt es wirklich nicht. Sie muß nur in Angriff genommen werden. Die neuzeitliche Verkehrsentwicklung erheißcht den Bau großer Verbindungsstraßen zwischen den einzelnen Verkehrszentren. Die landwirtschaftliche Siedlung, die uns Ersatz bieten kann für eine überflüssige Einfuhr von Lebensmitteln, ist dringend not. Im Zusammenhang damit stehen Meliorationen und die Kultivierung von Ödlandereien. Die Überschwemmungen in unseren Tagen lehren die Notwendigkeit der Schaffung von Talsperren, die auch der Erzeugung elektrischer Energie nutzbar gemacht werden müssen. Professor Oskar von Miller, eine anerkannte Kapazität der technischen Wissenschaften, hat erst in letzter Zeit die Behauptung aufgestellt, daß bei Nutzbarmachung der verfügbaren Kräfte und bei einheitlicher Organisation der Elektrizitätswirtschaft der Preis pro Kilowatt elektrischen Stromes im ganzen Reichsgebiet auf 3 Pfennig für den Verbraucher gesenkt werden könnte. Welche noch ungeahnten Möglichkeiten können sich daraus für den deutschen Volkswohlstand ergeben in Erfüllung der Wahrheit, daß Arbeit neue Arbeit schafft.

Zwei Bedenken werden jedoch bei der Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit wach: Woher ist das Geld zu nehmen und welche Rentabilität des investierten Kapitals ist gegeben? M. E. ist das erstere von letzterem abhängig. Und gewiß ist, daß sich landwirtschaftliche Siedlungen, Landstraßen, Talsperren usw. nicht vom Tage ihrer Fertigstellung sofort aus sich heraus rentieren. Auf die Dauer gesehen aber bergen sie die Rentabilität in sich durch die Hebung des Volkswohlstandes und durch wachsende Steuerkraft unseres Volkes. Es kommt nur darauf an, die Schwierigkeiten in den ersten Jahren überwinden zu helfen. Und dazu muß auch die deutsche Arbeiterschaft mit den Mitteln, über die sie verfügt, bereit sein.

In Deutschland werden im laufenden Etatsjahre von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, vom Reich und von den Gemeinden ca. 3 Milliarden Reichsmark zur Unterstützung der Arbeitslosen verausgabt. Dieser Leistung stehen direkte Gegenleistungen nicht gegenüber. Wenn jedoch von diesem gewaltigen Betrage eine halbe Milliarde abgezweigt würde zur Verzinsung und Amortisation aufgenommener Darlehen für die Schaffung produktiver öffentlicher Anlagen, so wären damit Arbeiten im Werte von über 6 Milliarden

Reichsmark zu finanzieren. Da es sich überwiegend um Arbeiten handelt, bei denen der Arbeitslohn eine überragende Rolle spielt, so könnten mit diesem Gelde mindestens 300 Millionen Arbeitstage neu geschaffen werden. Das bedeutet bei 300 Arbeitstagen im Jahr die Entlastung des Arbeitsmarktes von rund einer Million Arbeitslosen.

Solches zu erreichen, ist nur möglich, wenn die Arbeiterschaft Mahner und Dränger ist, wenn sie auf schaffende Arbeitsmöglichkeiten hinweist, wenn sie um den Preis der Behebung der Arbeitslosigkeit willens ist, hohe Arbeitslosenversicherungsbeiträge auch noch dann zu zahlen, wenn die Arbeitslosenziffern wesentlich zurückgegangen sind. Selbstverständlich könnte eine Garantie für Verzinsung und Amortisation der aufgenommenen Kapitalien durch die Arbeitslosenversicherung nur für eine beschränkte Zeit in Frage kommen. Später muß die Ablösung durch die öffentliche Hand usw. eintreten. Würde die deutsche Arbeiterschaft für eine Entwicklung dieser Art zu haben sein, so würde das kapitalkräftige Ausland nicht unterlassen, die Kapitalanlagemöglichkeiten in Deutschland auszunutzen. Die Einsicht und der Wille der deutschen Arbeiterschaft, die damit verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen, bedeuten zweifellos eine Sicherheit, wie sie wertvoller nicht gegeben werden kann.

Die Arbeiterschaft würde so auch zum Gestalter einer besseren wirtschaftlichen Ordnung. Darauf kommt es ja gerade an, daß eine gesunde natürliche Ordnung wächst und gepflegt wird. Der Mensch ist zur Arbeit geboren. Ohne Arbeit kann er seine Lebensaufgabe nicht erfüllen. Wo ihm aber die Möglichkeit der Arbeit genommen wird, da verkümmert er an Leib und Seele. Volkswirtschaftliche Rationalisierung erfordert deshalb die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für alle, die zur Arbeitsleistung fähig und willens sind.

## Das kostbarste Gut eines Volkes ist seine Arbeitskraft

und seine Arbeitswilligkeit. Dieses kostbarste Gut darf nicht verlorengehen, sondern ist zu hegen und zu pflegen. Letztlich wäre alle Sozialpolitik sinnlos, wenn sie sich zwar die Erhaltung der Schaffenskraft des Volkes zum Ziele setzte, wenn aber nicht gleichzeitig im Volke der Wille lebte, die Arbeitskraft zu entfalten. Die Sozialpolitik ist zweifellos der beste Teil der Wirtschaftspolitik, und zwar jener Wirtschaftspolitik, die dem Volke, der Gesamtheit zu dienen hat. Ihre volle Auswirkung findet sie aber nur dann, wenn die ganze wirtschaftliche Betätigung eines Volkes vom Geiste sozialer Verpflichtung getragen ist. Noch ist der wirtschaftliche Lebensraum des deutschen Arbeiters stark begrenzt. Ihn zu erweitern, ist das unausgesetzte Bestreben der Gewerkschaften.

Der geistige Lebensraum des deutschen Arbeiters ist ohne Zweifel weiter als der materielle. Er bietet dem geistigen Leben des arbeitenden Menschen völlige Auswirkungsmöglichkeiten, ohne den Fortschritt der geistigen Entfaltung zu begrenzen. Es gibt in der ganzen Welt keinen geistig regsameren Arbeiter als den deutschen. Dank des Standes unserer Volksschule, dank der vielen Bildungsrichtungen, die auch dem Arbeiter dienen, nicht zuletzt auch dank der Wirksamkeit der Gewerkschaften,

die in Deutschland Volksbewegung geworden und über eine reine Vertretung wirtschaftlicher Interessen längst hinausgewachsen sind.

Trotzdem möchten wir im geistigen Leben und Streben der deutschen Arbeiter gern noch manches anders und besser sehen. So sehr z. B. die Leistungen der deutschen Volksschule anzuerkennen sind, so entbehrt letztere doch in ihrer neueren Entwicklung des unversessenen Zuges. Sie vermittelt intellektuelles Wissen, das zur Meisterung des Lebensschicksals nicht ausreicht. Die Schule der Vergangenheit mag weniger Wissen gebracht haben; bestimmt aber haben ihre Erziehungsmethoden den jungen Menschen besser befähigt, im Strome der Zeit festzustehen und nicht wie ein schwankendes Rohr im Streite der Meinungen hin und her zu pendeln. Unsere Volksschule wird immer mehr zur reinen Lernschule. Der Verstand wird „geschliffen“, ohne daß Seele, Gemüt und Wille jene Prägung erhalten, die auf die Wege umfassender Persönlichkeitsgestaltung führt. Diese Entwicklung der Volksschule ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in der Lehrerschaft ein Gefühl des Hochmuts aufkam über die Leistungen der Vergangenheit. Die neue Lehrerbildung erschwert die Durchführung der Aufgaben der Volksschule nicht unwesentlich und stellt Mauern sozialer Art zwischen Elternhaus der Kinder und den Lehrer, die dem Gedanken der Volksgemeinschaft abträglich sind.

Bedauerlich und die gesellschaftliche Geltung hemmend wirkt die Tatsache, daß in der Arbeiterschaft vieles von dem, was in der Volksschule erlernt, so bald wieder verlorengeht. Können wir in der Gewerkschaftsbewegung nicht alltäglich dazu unsere Beobachtungen machen? Zeigen nicht sehr viele Arbeiter eine Hilflosigkeit, die nicht gegeben wäre, würden sie das in der Volksschule Erlernte als sicheren geistigen Besitz haben? Die Gewerkschaften, die nicht nur die Gleichberechtigung der Arbeiter, sondern auch deren Gleichachtung erstreben, werden m. E. noch sehr viel daran tun müssen, daß die Arbeiter das in der Volksschule Erlernte wirklich erwerben, um es dauernd zu besitzen. Die Arbeiter müssen hier wollen und folgen, wenn sie nicht dauernd im Ruhe stehen wollen, daß sie ihre geistigen Kräfte weniger zu entfalten verstehen als andere Volksschichten. Den geistigen Lebensraum muß sich die Arbeiterschaft so gestalten, daß nur mit Respekt davon zu berichten ist. Ohne Opfer des einzelnen geht's freilich nicht. Wissensverschaffung und Wissensbesitz erfordert Anstrengungen, und zwar nicht nur geistiger, sondern auch materieller Art. Letztere aber fallen am allerwenigsten hierbei ins Gewicht. Es wird ernstlich wohl niemanden geben, der behaupten könnte,

#### Die Entwicklung der Allgemeinbildung der Arbeiter

werde durch deren Besitzlosigkeit und durch ihr geringes Einkommen stärkstens eingeengt. Im Gegenteil. Jedem Strebenden stehen Hilfsmittel zur Verfügung. Er braucht ihnen nur nachzugehen und sie anzuwenden. Von der Volks- und Berufsschule angefangen bis zu den gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen aller Art stehen dem Arbeiter unserer Tage Bildungseinrichtungen zu Diensten, die geradezu auf ihre volle Auswertung warten. Freilich handelt es sich hier zumeist nur um ein Wissen, das sich nicht ohne weiteres in ein gutes Einkommen und in eine sichere Existenz ummünzen läßt. Aber sind wir nicht Träger jenes Gedankens, daß jeder Mensch, unabhängig von seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage, seine geistigen Kräfte zu regen und zu entfalten hat? Was hätte letztlich die Arbeiterbewegung noch für einen Wert, wenn sie Erfolg und Ziel lediglich abhängig machen würde von der Zusammenfassung vieler Menschen, denen geistiges Streben nicht eigen wäre!

Trotzdem es keine Schande ist, Arbeiter zu sein und noch weniger eine Schande, ein geistig aufgeschlossener Mensch und ein Arbeiter dazu zu sein, muß die Arbeiterschaft ein Interesse daran nehmen, daß ihre besten Kräfte emporwachsen und in Positionen einrückten, wo ihr Wirken für die Arbeiterschaft besonders wertvoll ist. Unsere christlichen Gewerkschaften wenden sich mit Recht gegen Monopolherrschaften der sog. Bildungsschichten in Wirtschaft und sozialer Verwaltung. Sie halten hier eine Ergänzung für not, für Menschen, die aus dem praktischen Erwerbsleben aufsteigen. Letzteren darf der Weg zu diesen Stellungen nicht verbaut werden, sondern er ist ihnen vielmehr zu erleichtern. Warum soll ein Arbeiter, der z. B. den Weg über eine gute praktische Lehre, die Berufsschule und die höhere Fachschule geht, nicht die technische Hochschule besuchen können und hier gleichberechtigt sein jenen, die über das Gymnasium zur Hochschule kommen und heute für sich allein das Recht beanspruchen, vollwertige Ingenieure, Architekten usw. zu sein! Es darf hier kein Privileg der Gymnasialschüler und Akademiker geben. Auch aus der direkten praktischen Arbeit heraus müssen die Kräfte sich entfalten und zur Führung an verantwortlichsten Stellen der Wirtschaft

berufen werden können. Der Arbeiter und seine Kinder müssen das Gefühl haben, daß sie nicht dazu verurteilt sind, immer an der letzten Stelle im Leben zu stehen. Ihr Bildungsstreben muß den Weg frei machen zur Gewinnung sozialer und wirtschaftlicher Positionen, die ihnen heute noch verschlossen sind, weil sie nicht den sog. anerkannten Bildungsweg gegangen sind. Jeder, der was kann, verdient an die Stelle gebracht zu werden, die er ausfüllt, gleich, woher er kommt! Ohne Opfer des einzelnen, persönlicher und materieller Art, wird die Arbeiterschaft aber dauernd benachteiligt bleiben.

Der Aufstieg geistig strebender Kräfte aus den Arbeiterkreisen braucht nicht nur innerhalb des Berufes und Wirtschaftszweiges zu erfolgen. Vielerlei soziale Einrichtungen sind vorhanden, die dem Wohle der Arbeiterschaft dienen sollen. Aber nur in schwachen Ausmaßen erst zeigt sich hier der Dienst am Arbeiter durch den Arbeiter. Beamte und Angestellte, die zumeist aus ganz anderen Kreisen kommen und die in ihrer ganzen Lebensauffassung und ihrem gesellschaftlichen Verkehr usw. auch nicht die geringste Neigung zeigen, den Arbeiter zu suchen, sind tonangebend. In der Invalidenversicherung kann man die Zahl der aus der Arbeiterschaft gekommenen Bediensteten an wenig Fingern abzählen. In der Unfallversicherung ist es nicht besser. Bei den Krankenkassen bringt's der Arbeiter zumeist nur bis zum Krankenkontrollleur. Im übrigen herrschen die „entsprechend vorgebildeten“ Beamten und Angestellten mit allen Titeln und Übersflüssigkeiten, die sonst Beamte in öffentlichen Diensten zieren. Auch in der Arbeitslosenversicherung rücken in die ersten Stellen fast ausschließlich Beamte und Akademiker ein. Ausnahmen bestätigen die Regel. Es soll durchaus nicht verkannt werden, daß sich besonders in der Arbeitslosenversicherung manche aus der Arbeiterschaft kommenden Bediensteten leider nicht bewährt haben. Das ist aber nur eine Folge nicht gründlicher Auswahl. Das Partei- und Gewerkschaftsbuch sollte niemals allein entscheidend sein. Es fragt sich aber, ob die wenig gründliche Aushebung nicht zuletzt auch darauf abgestellt war, die „Unfähigkeit“ der Arbeiterschaft zur Besetzung solcher Posten zu „beweisen“. Jedenfalls können gelegentliche Fehlschläge nicht dahin führen, daß die Arbeiterschaft darauf verzichtet, tüchtigen Kräften aus den eigenen Reihen Betätigungsraum auch in der Arbeiterversicherung zu verschaffen.

Soziale Aufstiegsmöglichkeiten für strebende Arbeiter sind noch auf weiteren Gebieten gegeben. Z. B. bietet der Gewerbeaufsichtsdienst dazu Voraussetzungen. Auch die Berufsschulen sollten nicht ohne Lehrkräfte aus der Arbeiterschaft sein. Zwar bestehen hier noch starke Hemmungen, und der Weg zum Ziele ist hier für strebsame Arbeiter mit großen Mühen und Opfern verbunden. Aber der Weg ist bereits vorgezeichnet. Je mehr er aus den Reihen der Arbeiterschaft besritten wird und je stärker die in eine sozial und wirtschaftlich gehobene Schicht hineinwachsenden Arbeiter sich ihrem Stande nach wie vor verpflichtet fühlen, um so besser ist es um die Arbeiterschaft auf geistigem Gebiete bestellt.

Sehen wir ab von diesen Aufstiegsmöglichkeiten, die durch Aneignung entsprechenden intellektuellen Wissens gegeben sind, so bleiben doch allen Arbeitern starke Möglichkeiten zur

#### Sicherung eines kulturellen Lebensraumes.

Leider glauben weite Kreise der Arbeiterschaft Kulturentfaltung gleichsetzen zu müssen einem leichten und angenehmen Lebensgenuß. Sie glauben, weil ihnen diese Genüsse versagt sind, außerhalb der Kulturgestaltung zu stehen. Solche Auffassungen sind grundfalsch. Kultur besteht nicht im Besitz einer Sehnzimmerwohnung, besteht nicht in der täglichen Benutzung eines Autos, nicht im Genuße von Champagner, Austern und Importzigarren. Jedwede Kultur beginnt dort, wo wirkliche Bildung ist, wo die Harmonie von Hirn und Herz, von Verstand und Gemüt gegeben ist. Die aus der Arbeiterschaft erwachsende Kultur kann nichts anderes sein als die Entwicklung aller Tugenden, die den geistbeseelten Menschen zieren, das Gefühl für die gottgegebene Verpflichtung, seinen Mitmenschen zu dienen, Entfaltung der eigenen Persönlichkeit durch Achtung vor sich selbst, durch Ehrgefühl, innere Sauberkeit und durch Pflichterfüllung. Diese auf die Verfeinerung des Empfindungslebens hinströmende Entfaltung der Arbeiterschaft kann zwar äußerliche Grenzen finden und trotzdem sich zur Vollkommenheit steigern, wenn sie den ganzen Lebensraum des lohnarbeitenden Menschen erfüllt.

Die Arbeiterschaft lebt noch zu stark in der Abhängigkeit von den Vorstellungen einer sog. bürgerlichen Kultur. Davon wird sie sich befreien müssen. Aus ihrem eigenen Wesen, aus ihrer Welt heraus muß sie zur Kulturentfaltung schreiten und eine Kultur schaffen helfen, die nicht die des Scheins, sondern des Seins, der inneren Wahrhaftigkeit ist. Aus dem Arbeitertum heraus müssen die ihm eigenen Kulturkräfte wachsen und vor allem die Tugenden der Wahr-

haftigkeit, der Treue, der Solidarität, der Standesehre zur Blüte bringen. Niemand kann einen Zustand, in dem diese Kräfte herrschen werden, der Arbeiterschaft als Geschenk überbringen. Die Arbeiterschaft wird ihn sich selbst zu erarbeiten haben.

Die Pflicht der Volksgesamtheit ergibt sich gegenüber der Arbeiterschaft und ihrem Wollen von selbst. Eines aber sollten wir, wenn wir an die Volksgesamtheit unsere Wünsche und Forderungen richten, nie vergessen, nämlich, daß die Arbeiterschaft den größten Teil der Volksgesamtheit selbst darstellt.

#### **Volksgesamtheit und Staat sind wir,**

die Arbeiterschaft, letztlich selbst. Weit über die Hälfte unseres Volkes zählt sich zur Arbeiterschaft.

Wir erwarten vom Staate, von der Volksgesamtheit den Schutz der Arbeitskraft als des größten äußeren Gutes, über das das deutsche Volk verfügt. Wir erwarten, daß Produktion und Abfaß als einheitlicher volkswirtschaftlicher Vorgang aufgefaßt werden und dementsprechend Strömungen im volkswirtschaftlichen Organismus entstehen müssen, wenn die Arbeitskraft von Millionen Menschen, die arbeiten müssen, nicht eingesezt und den aus der Produktion ausgeschalteten damit die Möglichkeit genommen wird, notwendige Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Von der Volksgesamtheit erwarten wir, daß die Notwendigkeit der Einheit unseres Volkslebens erkannt und hergestellt wird.

Wir erwarten so von der Einsicht der Volksgesamtheit:

1. Arbeit für alle, die arbeiten können und arbeiten wollen,
2. den Schutz der Arbeit durch die Sicherung und Fortführung des Arbeitsrechts,

3. Freiheit und Anerkennung der Standesgemeinschaften, der Träger der Arbeit, der Gewerkschaften, als Wegbereiter einer sittlichen Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens,
4. die Erhaltung und Festigung der Arbeitskraft durch Maßnahmen des Arbeitsschutzes und der Fürsorge in Tagen der Krankheit,
5. Sicherung der Existenz des erwerbsfähigen Arbeiters bei Arbeitslosigkeit durch ausreichende Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge,
6. Sicherung der Existenz auch des Arbeiters, der in Ehren alt und arbeitsunfähig geworden, durch die Ausgestaltung der Invalidenversicherung.

Die Arbeit ist die schöpferische Kraft, die Wirtschaft und Staat hält, ohne die Ordnung und Kulturentfaltung unmöglich sind. Die Träger der Arbeit aber haben vor Gott und den Menschen ein Anrecht auf die Erfüllung ihrer Lebensaufgabe und die Sicherung ihrer Lebensrechte.

Die Arbeiterschaft in der jetzigen Generation ist Träger einer besonders schweren und verantwortungsreichen Aufgabe. Sie muß kämpfen, um das Leben der Arbeiterschaft zu behaupten, und schöpferisch gestalten zugleich. Ihre Symbole sind Kelle und Schwert. Wie die Juden am Tempelbau, so hat sie sich zu verteidigen gegen die Angriffe auf die Lebensrechte der Arbeiter. Gleichzeitig hat sie zu schaffen am Dome einer neuen Zeit, an einer neuen sittlichen und christlichen Gesellschaftsordnung, die das Bild der Welt erneuert.

**Erfüllen wir unsere ganze Pflicht! Kämpfen wir! Arbeiten wir! Unserem Wollen gebührt der Sieg!**

## Der Deutsche Gewerkschafts-Bund zu wichtigen Zeitfragen.

Am 20. und 21. November trat der Große Ausschuß des D. G. B. zu seiner Herbsttagung in Berlin im Landtagsgebäude zusammen. Der diesjährigen Tagung kommt eine besondere Bedeutung deshalb zu, weil im D. G. B. 1 300 000 deutscher Arbeitnehmer zusammengeschlossen sind, und weil die Tagung in einer Zeit stattfindet, wo sich Schwierigkeiten allerorts bergehoch türmen, und die deutsche Arbeiterschaft erregt nach dem Woher und Wohin der nächsten Entwicklung fragt, und mit Sorge um ihr Schicksal bangt. Die materiellen Grundlagen der Arbeiter-Existenz sind stark bedroht. Der Staat, bisher als der stärkste Schutz der Ordnung und der Wohlfahrt angesehen, kämpft um seinen Bestand. Die politische Entwicklung der letzten Monate zeigt, wie stark das Gefühl für Sicherheit und Wohlfahrt durch die Organe der staatlichen Macht geschützt zu sein, geschwunden ist. Die Sorge, wie sich das Schicksal von Millionen deutscher Arbeiter schon in allernächster Zeit gestalten wird, eine Sorge, die das Sinnen und Trachten vieler Millionen beherrscht, verursacht eine Stimmung, und erzeugt einen geistigen Zustand, der zur Explosion drängt.

So stand die Tagung des D. G. B. vor schwierigen Problemen und Aufgaben. Vor allen Dingen galt es, die Stimmung und Einstellung des Volkes, und insbesondere der Arbeiterschaft zu sichten und zu bereinigen, und andererseits den Glauben und das Vertrauen an und in die eigene Kraft der Bewegung zu stärken. An der Tagung nahmen teil, zeitweilig der Reichskanzler Dr. Brüning, sowie Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald und der preussische Wohlfahrtsminister Hirtjesier.

Einleitend referierte der Vorsitzende des D. G. B., Koll. J m b u s c h , über

#### **die wirtschaftliche und soziale Lage.**

Die wirtschaftliche Lage, so führte er aus, werde stark von der politischen Seite her beeinflusst. Das Regierungsprogramm habe der Arbeiterschaft manches gebracht, mit dem sie nicht einverstanden sein könne. Besonders die Auslegung und Auswirkung des Regierungsprogramms habe in der Arbeitnehmerschaft eine besondere Erregung hervorgerufen. Durch Redewendungen des Regierungsprogramms veranlaßt, glaubten die Arbeitgeber im Lohnabbau das alleinige Heilmittel gegenüber der Wirtschaftskrise erblickten zu sollen, und handeln entsprechend. Kritik an dem Programm der Regierung und Widerstand gegen die Absichten des Unternehmers, seien Pflicht der Bewegung. Unsere Organisation ist weder eine Regierungsschutztruppe, noch ein Instrument der Parteipolitik. Ihr Wirken gilt einzig und allein dem Wohle der Arbeitnehmerschaft. Sie wahr ihre Unabhängigkeit nach allen Seiten. Starke Kräfte, die am Werk sind, die augenblickliche Lage auszunutzen, und die Arbeitnehmerschaft

zurückzudrängen, müßten in ihre Schranken verwiesen werden. Wir wollen alle Kräfte aufbieten zum Widerstand. Keine Position, die gehalten werden kann, darf kampflös geräumt werden.

Dr. J a h n sprach über

#### **Wirtschaftspolitik in der Wirtschaftskrise.**

Im folgenden einige Kernsätze seiner Ausführungen: Was kann geschehen, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen? Der Staat hat nur begrenzte Möglichkeiten. Im wesentlichen beschränkt er sich darauf, eine Milderung der Krisenfolge herbeizuführen. Die heute viel diskutierten Vorschläge über Einführung einer Arbeitsdienstpflicht, Arbeitsbeschaffungsprogramme, Verlängerung der Schulzeit und anderes mehr, bewegen sich in dieser Richtung. Die Wurzeln der Wirtschaftskrise werden jedoch durch derartige Maßnahmen nicht berührt. Das Regierungsprogramm hat sich auch die Bekämpfung der Wirtschaftskrise zum Ziel gesetzt. Man muß sich jedoch fragen, ob die Preis- und Lohnsenkungsaktion ein geeignetes Mittel der Krisenbekämpfung ist. Die Tendenz zur Preis- und Lohnsenkung war schon vor dem Regierungsprogramm vorhanden. Die Unternehmer aber haben es so ausgelegt, daß eine allgemeine Lohnsenkung stattfinden soll. Sie wollen die Rentabilität der Betriebe, die keineswegs allgemein verschwunden ist, auf Kosten der Löhne erhalten.

Die Preispolitik der Regierung, welche eine notwendige Entwicklung beschleunigt, ist zu begrüßen. Im Vordergrund steht zur Zeit die Verminderung der Handelspanne. Problematisch und zu bekämpfen ist Preisenkung durch Lohnenkung. Mehr Lohnabbau als Preisenkung führt lediglich zu einer anderen und unerwünschten Verteilung des Volkseinkommens. Es besteht die Gefahr, daß der Lohnabbau Exportartikel wird, daß unsere ausländische Konkurrenz ebenfalls die Löhne senkt, so daß auch eine Exportsteigerung nicht erreicht wird. Eine offiziöse Erklärung, die leider wenig beachtet wird, sagt, daß der Lohnabbau kein Dumping, sondern lediglich eine Umschichtung im Inneren herbeiführen soll. Eine derartige Umschichtung der Einkommensverhältnisse muß aber von uns als Gewerkschaften bekämpft werden.

Kann Preis- und Lohnsenkung überhaupt belebend auf die Wirtschaft wirken? Sinkende Preise sind seit jeher mit einer Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit verbunden gewesen. Wenn schon Preisenkung, dann muß sie so schnell wie möglich durchgeführt werden. Sonst ist zu befürchten, daß Unternehmungslust immer weiter zurückgeht.

Der Hauptteil des Regierungsprogramms ist die Sanierung der öffentlichen Finanzen. Dieser Teil ist viel positiver zu bewerten, als

die Preis- und Lohnsenkungsaktion. Solide öffentliche Finanzen wirken günstig auf den Kapitalmarkt. Wir leiden unter einem überhöhten Zinsfuß. Eine Senkung des Zinsfußes ist eine wesentliche Voraussetzung für eine dauernde Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft.

In der Diskussion sprach Reichskanzler Dr. Brüning. Er verwies darauf, daß es nicht Aufgabe der Regierung sei, wirtschaftliche und soziale Theorien aufzustellen, sondern sie habe Politik zu machen. Die Finanzsanierung sei die vorrangigste Aufgabe. Vom D. G. B. könne er keine Zustimmung zu den Lohnsenkungen erwarten. Die vielfach unbequemen Maßnahmen der Reichsregierung müßten schnell durchgeführt werden. Kein Volk könne auf lange Zeit eine solche Beunruhigung ertragen. Es gälte, die Nerven zu behalten. Verliere man die Nerven, so sei alles verloren.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald verwies darauf, daß in Deutschland 75% aller Gehälter und Löhne gesetzlich oder durch Tarifvertrag gebunden wären. Es sei weder der Wille der gesamten Reichsregierung, noch der des Reichsarbeitsministers, daß die deutschen Löhne allgemein und schematisch gesenkt werden.

Prof. Dr. Brauer behandelte am 2. Tage

#### die berufsständische Idee in Sozialpolitik und Sozialreform.

Es gibt, so sagte er in seinen Richtlinien, zwei Arten der Gliederung der Wirtschaftsgesellschaft, und zwar nach Marktparteien und nach Leistungsverbundenheit. Die heutige Wirtschaftsgesellschaft ist nach Marktparteien gegliedert, woraus sich das Streben nach Rationalität im Wirtschaftsprozeß, der Glaube an den Marktmechanismus, die Unterordnung aller außerwirtschaftlichen Gesichtspunkte unter den wirtschaftlichen, die rationale Gesellschaft und das Ideal des Verwaltungsstaates ergibt.

Die Gliederung nach Leistungsverbundenheit ergibt sich aus der Gruppierung der einzelnen Schichten als Leistungsträger um die verschiedenen Produktionszweige. Die Leistungsgemeinschaft ist der Berufsstand, der alle Kategorien von Leistenden, d. h. also unternehmende, organisierende, disponierende, verteilende und ausführende Arbeit umfaßt. (Wir kommen gelegentlich auf die Ausführungen Dr. Brauers noch zurück.)

Clara Meineke, Geschäftsführerin des D. G. B., sprach über

#### die praktische Umgestaltung der Sozialpolitik.

Die heutige Sozialpolitik könne nicht völlig mit der Vergangenheit brechen. Das geschichtlich Gewordene ist so stark, daß kein Neubau, sondern höchstens ein Umbau möglich sei. In der Politik ist eine grundlegende Änderung der Stellung des Arbeitnehmers erfolgt. Er ist freie Rechtspersönlichkeit. Dem Arbeitnehmer wirkliche Freiheit zu geben, muß Ziel aller Sozialpolitik sein. In der Sozialpolitik aber herrsche noch der alte Gedanke des Obrigkeitsstaates. Die Arbeit muß Beruf sein können, Aufstieg im Beruf muß möglich sein. Heute bedeutet Aufstieg der Arbeiterschaft in der Regel Verlassen des Berufs. Die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen entspreche am meisten unserer Auffassung von der grundsätzlichen Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Parteien des Arbeitsvertrages. Völlige Vertragsfreiheit auf diesem Gebiet ist jedoch nicht möglich. Gesetzliche Rahmenvorschriften über Arbeitszeit und Arbeitschutz sind unerlässlich. Vortragende verbreitete sich dann noch über die einzelnen Zweige der Sozialversicherung, und verlangte eine bessere gewerbepolitische Einstellung der verantwortlichen Kreise. Je mehr gute Gewerbepolitik gemacht wird, desto weniger Sozialpolitik brauchen wir. Nicht eine Fülle sozialer Einzelbestimmungen, sondern eine Grundregelung in wahrhaft sozialem Geist ist unser Ziel. Das Gebiet der Arbeitsverfassung wurde von der Rednerin ausführlich behandelt, die ihre Ausführungen dann mit folgenden Bemerkungen schloß:

Die Aufgaben der Gewerkschaften würden bei Erfüllung dieser Forderungen nicht geringer werden. Die Gewerkschaften bleiben die Sachverwalter der in ihnen verbundenen Einzelpersönlichkeiten. Sie müssen aber noch mehr als bisher die Erzieher ihrer Mitglieder zu verantwortungsbewußtem Handeln werden.

Der tiefe Ernst, der die Tagungsteilnehmer beherrschte, die sachliche Erörterung schwierigster Fragen führte zu weitgehendster Übereinstimmung der Meinungen. Das Echo dieser Tagung stellen wir aus der Tagespresse fest, und erkennen daran, welche hohe Bedeutung die öffentliche Meinung den Verhandlungen zumißt. Zu hoffen ist, daß diese Beachtung sich zu einer angemessenen Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiterschaft auswächst, und die Regierung zu geeigneten Maßnahmen veranlaßt.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 49. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 30. November bis 6. Dezember 1930 fällig.

Regelmäßige Teilzahlungen an die Hauptkasse zu senden sind die Kassierer der Zahlstellen und Ortsgruppen verpflichtet.

### Taschenbuch 1931.

Der große Erfolg unseres Verbandstaschenbuches und jetzt schon vorliegende reichliche Bestellungen für das kommende Jahr veranlassen die demnächstige Herausgabe des Taschenbuches für 1931. Die Ausstattung in der bisherigen Form und der für das praktische Leben wertvolle Inhalt versprechen auch diesmal eine große Nachfrage. Eine der Zeit entsprechende Preisermäßigung soll jedem Verbandsmitglied die Anschaffung ermöglichen.

Das Taschenbuch 1931 kostet nur 0,50 RM.

Umfangreiche Nachbestellungen konnten bei der letzten Ausgabe nicht befriedigt werden. Ratsam ist daher, Bestellungen auf das Taschenbuch 1931 schon jetzt aufzugeben, damit eine etwa notwendige Erweiterung der Auflage ohne Schwierigkeiten erfolgen kann. Erwünscht sind Sammelbestellungen wegen der Versandkosten.

## Tarifikündigungen.

Es hagelt nur so von Tarifikündigungen. Unsere Mappe füllt sich immer mehr. Warum auch nicht? „Wenn alles lieb, können die Arbeitgeber im Holzgewerbe allein nicht hassen.“ Wenn die Kapitalgewaltigen der Großindustrie, nachdem sie ihre übertriebenen Rationalisierungsmaßnahmen zum Teil durchgeführt haben, jetzt glauben, die Arbeiter auf die Knie zwingen und ihren alten Herrenstandpunkt vergangener Zeit wieder aufrichten zu können, wodurch Arbeitsrechte wieder in die Kumpelkammer befördert werden, so glauben anscheinend weite Kreise unserer Holzarbeitgeber, auch nicht zurückstehen zu sollen. Daß sie sich dabei ins eigene Fleisch schneiden, scheinen sie gar noch nicht zu spüren. Aus den Erfahrungen der Zeit scheinen sie auch noch nicht viel gelernt zu haben. Oder kommt es ihnen auch nur darauf an, den Arbeitern eins zu versetzen, den Arbeitern, die doch wahrhaftig mit dazu berufen sind, die Betriebe leistungsfähig zu gestalten. Können mit Abbau der ohnedies geringen Löhne im Holzgewerbe die Betriebe leistungsfähiger gestaltet und auch mehr Kaufkraft geschaffen werden? Kann eine durch zu geringe Löhne an Körper und Geist geschwächte und verkümmerte Arbeiterschaft die Betriebe und damit die Wirtschaft beleben? All diese Fragen scheinen ja bereits bei unseren Arbeitgebern gelöst zu sein, dafür stehen ihnen ja unzählige Wirtschaftsgelehrte zur Verfügung. Es fragt sich nur, ob die Lehre, wonach ein allgemeiner Preisabbau und Lohnabbau das Heil des Volkes herbeiführen kann, stimmt, ob die sogenannten Wirtschaftsgelehrten bei ihrer Rechnung nicht irgendeinen Faktor außer acht gelassen haben. Uns will das so scheinen. Wenn man mit der Arbeitskraft der Menschen rein marktmäßig verfährt, wenn man in dem Träger der Arbeit nicht mehr den gleichwertigen Menschen sieht, sondern nur eine Kaufmannsware, dann dürfte die Berechnung, durch Lohnabbau die Wirtschaft zu beleben, sich recht bald als fehlerhaft herausstellen.

Mag dem sein, wie es wolle, im Holzgewerbe, das sich in der Hauptsache auf handwerksmäßige Betriebe stützt, lassen sich mechanische und schematische Lohnbildungen nicht durchführen. Lohnbildung im Holzgewerbe ohne den Willen und ohne die Mitwirkung der Gesellen und Arbeiter führt zum Mißerfolg. Darüber müssen sich unsere verehrten Herren Arbeitgeber klar werden.

Neben der Kündigung vieler Orts- und Bezirksverträge hat auch der Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes am 15. November den Mantelvertrag zum 15. Februar 1931 gekündigt. Durch Schreiben vom 18. November cr. hat uns derselbe Verband auch erneute Forderungen zugestellt, wonach sämtliche Löhne um 15 Prozent gekürzt werden sollen.

Es fehlt also an Kündigungen und Lohnabbauforderungen nicht. Inwieweit dabei die Arbeitgeber im Holzgewerbe an ihre eigene

# Fahrzeugindustrie,

# Wagen- und Waggonbau, Berufs- und fachkundliche Nachrichten

## Die Verteilungsquote in der Waggonindustrie.

Die Zeitschrift „Der Waggon- und Lokomotiv-Bau“ schreibt über die Kräfteverteilung in der deutschen Waggonindustrie: „Nachdem die in den letzten Jahren zahlreichen Verschiebungen im Kräfteverhältnis der deutschen Waggonfabriken zu einem gewissen Abschluß gekommen, eine Anzahl Werke bereits stillgelegt sind und bei einigen Werken demnächst die Stilllegung erfolgt, erscheint eine Zusammenstellung der jetzt bestehenden Verhältnisse angebracht. Wir geben daher nachstehend eine Tabelle der bestehenden Waggonfirmen, deren Fabrikate sowie der Quoten, die ihnen innerhalb der Deutschen Waggonbau-Vereinigung für die Verteilung der Reichsbahnaufträge und innerhalb der Deuwi für die Verteilung der freien Aufträge (Straßenbahnwagen usw.) zugeteilt sind.

Firma	Werke	Quote innerhalb der D.B.V.	Quote innerhalb der Deuwi
Ostwaggon-Konzern	Breslau (Sinke-Hofmann)		
	Bauzen (Busch)		
	Werdau (Sächs. Waggonfabrik)		
	Weimar (Busch)		
	Düsseldorf (Schöndorf)	29,12	32,169
Westwaggon-Konzern	Köln (Herbrandt)		
	Bremen (Nordd. Waggonfabrik)		
	Hannover (Hawa)		
	Deuß (Van der Zypen)	20,32	20,987
	Mainz (Gebr. Gastell)		
Waggon- u. Maschinenfabrik A.-G.	Heidelberg (Fuchswaggon)		
	Görlitz	6,95	5,571
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg	Nürnberg	4,8	5,764
	Kassel	3,78	2,202
Talbot & Cie.	Aachen	3,38	7,953
Waggonf. Uerdingen	Uerdingen	3,37	—
Gebr. Credé	Kassel	2,86	2,553
Waggonf. Steinsfurt	Königsberg	2,82	1,22
Eisenbahn-Verkehrsmittel A.-G.	Wismar	2,68	4,509
	Ammendorf	2,59	2,3
G. Lindner	München	1,92	1,375
Rathgeber	Grünberg	1,89	0,508
Beuchelt & Co.	Niesky	1,70	—
Christoph & Unmack	Siegen	1,53	0,654
Siegener Eisenbahn-Bedarf	Eßlingen	1,43	—
Maschinenfabr. Eßlingen	Rastatt	1,10	1,189
Waggonfabr. Rastatt		—	0,382
Restliche Firmen		100,00	100,000

Die Tabelle zeigt die überragende Bedeutung, die die beiden großen Konzerne durch den Aufkauf von Waggonfabriken und deren Quoten erlangt haben. Die oben noch genannte Waggonfabrik Herbrandt (Köln) wird in Kürze stillgelegt. Die Waggonfabriken Düsseldorf (Weper), Brand (Goffen, Lochner & Co.), Zwickau (Fahrzeugfabrik vorm. Schumann) und Hagen (Killing & Sohn) sind bereits stillgelegt. Die Waggonfabriken Uerdingen, Christoph & Unmack, Eßlingen und Hawa gehören nicht der Deuwi an. Nachdem aber die Aktienmehrheit der Hawa auf Ostwaggon übergegangen ist, ist anzunehmen, daß eine Änderung im Verhältnis der Hawa zur Deuwi eintreten wird.

Anfangs des Monats Oktober sind die Reichsbahnaufträge bei den deutschen Waggonfabriken eingetroffen. Mengenmäßig entsprechen sie den aus den bisherigen Veröffentlichungen bekannten Voraussetzungen, nämlich einem Werte von rund 62 000 000 RM. Die bewilligten Preise weisen gegenüber den letzten Erlösen eine Ermäßigung um rund 10% auf. Da die bestellten Waggon erst Ende des ersten Halbjahres 1931 auszuliefern sind, so müssen die Werke selbstverständlich eine erhebliche Streckung vornehmen.

Von den rheinisch-westfälischen Waggonfabriken erhalten die

Gebr. Schöndorf A.-G., Düsseldorf, Personenwagen der Polsterklasse nach der neuesten Bauart gemäß ihrer Quote von 2,55% im Werte von rund 1 500 000 RM. Hierzu kommt noch ein Teil der Quoten der Waggonfabrik Herbrandt in Köln, die Ende des Jahres stillgelegt wird. Über das genaue Maß dieser Zuteilung (die Herbrandt-Quote stellt sich auf 4%—5%) schweben noch Verhandlungen. Für den Ostwaggon-Konzern machen die anteiligen Waggon-Aufträge insgesamt einen Wert von 15—16 000 000 RM aus. Die Waggonfabrik Uerdingen erhielt gleichfalls Personenwagen 2. Klasse, bei einer Quote von 3,37% im Werte von 1 750 000 RM. Der Westwaggon-Konzern in Köln erhält einschließlich der Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg bei einer Gesamtquote von 20,30% Waggonaufträge im Werte von rund 10 500 000 RM. Bei der Waggonfabrik Talbot in Aachen macht der Auftrag bei einer Quote von 3,38% einen Betrag von 1 750 000 RM aus. Von den übrigen deutschen Waggonfabriken erhält z. B. die zum Konzern der Guten Hoffnungshütte in Oberhausen gehörende Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (einschl. der Waggonfabrik Eßlingen) bei einer Gesamtquote von 6,23% Bestellungen im Werte von 3 250 000 RM, Orenstein & Toppel bei einer Quote von 7,76% im Werte von 4 000 000 RM, die Waggonbau- und Maschinenfabrik A.-G. Görlitz bei einer Quote von 6,95% im Werte von rund 3 500 000 RM, sowie die Waggonfabrik Wegmann in Kassel bei einer Quote von 3,78% im Werte von etwa 2 000 000 RM.

**Uerdingen:** Verschiedentlich tauchen Gerüchte auf, daß auch die Waggonfabrik Uerdingen einem der bestehenden Großkonzerne angegliedert werden solle. Bei den Besitzverhältnissen in den Aktien des Unternehmens dürfte dieses wohl kaum zutreffen. Angeblich befindet sich die Mehrheit des 3 600 000 RM betragenden Aktienkapitals in den Händen der Verwaltungsmitglieder. Mehr als  $\frac{1}{4}$  des Aktienkapitals (rund nom. 1 Million R.-Aktien) befindet sich in dem Besitz der Eisenbahnverkehrsmittel A.-G., Berlin. Die Waggonfabrik Uerdingen hat in der letzten Zeit wegen Auftragsmangels einer erheblichen Teil der Belegschaft entlassen. Dieses hat besonders auch die Holzarbeiter betroffen. Auch wird verkürzt gearbeitet. Hoffentlich kann in Folge der Reichsbahnaufträge ein erheblicher Teil der Arbeiter wieder eingestellt werden.

**Der Bestand an Kraftfahrzeugen im Deutschen Reich** betrug nach der amtlichen Statistik für den 1. Juli d. J. 1 419 870 Stück und erfuhr demnach gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 205 811 Kraftfahrzeugen, d. s. 16,6%. Ein Vergleich mit der Bestandzunahme 1928 1929 in Höhe von 280 747 Fahrzeugen zeigt also einen Rückgang im Tempo der Motorisierung.

Die Bestandentwicklung der einzelnen Fahrzeugarten geht aus der folgenden Tabelle hervor:

	1930	1929	1928
Krafttrader insgesamt	731 237	608 342	438 288
Personenkraftwagen insgesamt	488 838	421 998	342 103
Kraftomnibusse	12 416	11 207	9 277
Lastkraftwagen insgesamt	157 432	143 952	121 765

**In der amerikanischen Automobilindustrie** macht sich auch die Weltkrise bemerkbar. Nach dem Autopressedienst beträgt der Herstellungsrückgang mehr als 36%. Die Erzeugung von Personen- und Lastkraftwagen ging in U. S. A. von 4 444 947 Einheiten in den ersten 8 Monaten 1929 auf 2 835 622 Einheiten im Jahre 1930 zurück. Dieselbe Erscheinung ist auch in den anderen automobilbauenden Staaten zu verzeichnen, und ging hier die Erzeugung um durchschnittlich 10—30% zurück. Der Rückgang der Weltproduktion ist im Durchschnitt etwa 31% betragen.

Die amerikanische Automobilgesellschaft Chrysler wird ihre Montagewerkstatt in Berlin einstellen, da der Betrieb unter den geänderten Absatzverhältnissen nicht voll ausgenutzt werden kann.

## Konzentration in der Lastwagenindustrie.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, sind die schon seit längerer Zeit im Gange befindlichen Zusammenklusverhandlungen zwischen den Automobilwerken Büssing, Braunschweig, und der Nationalen Automobil-Gesellschaft A.-G., Berlin, nunmehr im wesentlichen zum

Abschluß gebracht. Für die Konzentration wurde eine andere Form gewählt, von der man erwartet, daß sie einen besser lebensfähigen Komplex schafft als die Fusionen alten Musters. Es soll eine neue Betriebsgesellschaft gegründet werden, die voraussichtlich den Namen führt: „Dereinigte Nutzlaster-Werke NAG-Büssing“ und mit 4 Millionen Reichsmark Aktienkapital ausgestattet sein wird. Die Aktien werden zu gleichen Teilen von Büssing und der NAG. übernommen gegen Einbringung des laufenden Geschäfts und eines Teiles der Vorräte. Ferner verpflichten sich die beiden Gründer, die neue Gesellschaft mit Betriebsmitteln in Kreditform auszustatten. Debitoren und Kreditoren gehen nicht mit über und von den maschinellen Anlagen übernimmt die neue Gesellschaft durch Pachtung nur das, was sie wirklich braucht, und zwar ist in dem Pachtzins eine 10prozentige Amortisation eingerechnet, so daß die neue Gesellschaft in zehn Jahren Eigentümerin der Anlagen wäre. Im Vorstand übernimmt Direktor Werners, Braunschweig, die Leitung, während den Vorsitz des Aufsichtsrates die NAG. besitzt. Die neue Gesellschaft wird nur an zwei Stellen fabrizieren und zwar schwere Lastwagen in Braunschweig, und leichte Lastwagen in Leipzig. Nach der Ausgründung des Lastwarengeschäftes behält die NAG. noch ihr Personenwagengeschäft, jedoch bemüht sich die AEG. als Großaktionärin der NAG. auch für diesen Teil der Fabrikation eine ähnliche Regelung in die Wege zu leiten. Ein konkreter Vorschlag für die Personenwagenabteilung ist noch nicht erkennbar.

Von der Verwaltung der NAG. wird erklärt, daß eine Stellungnahme hierzu seitens der NAG. zur Zeit nicht möglich sei.

(Fortsetzung von Seite 339)

Bewertung der Erzeugnisse gedacht haben, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis. Wenn sie das vergessen haben sollten, so werden wir daran erinnern müssen. Wir werden weiter daran erinnern müssen, daß durch die intensive Arbeitsleistung unserer Arbeitskollegen es bisher ermöglicht werden konnte, auf dem In- und Auslandsmarkte mit verhältnismäßig billigen Möbel- und Bau-einrichtungen auftreten zu können. Glaubt man diesen Vorteil noch weiter steigern zu können, mit unberechtigten Lohnsenkungen und der daraus entstehenden Verkümmern des Arbeiterstandes im Holzgewerbe, insbesondere desjenigen Teiles der Arbeiterchaft, der bisher seine ganze Kraft hergegeben hat, das Gewerbe zu erhalten und zu fördern? Diese Frage wird weniger von gelehrten Faktoren der Wirtschaft als von Berufsangehörigen beantwortet werden und beantwortet werden können.

Wir sind dabei, wir stellen uns zur Verfügung, wo es gilt, Ordnung im Gewerbe zu schaffen, Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern, aber wir verlangen auch einen entsprechenden Teil des Ertrages der Arbeit. Auf einen sogenannten Bedarfslohn, der sich nur richtet nach einem zufälligen Preis von Käse und Margarine, lassen wir uns nun einmal nicht ein, sondern wir verlangen eine richtige Bewertung der Arbeitsleistung. Mit dieser unserer Einstellung glauben wir dem Gewerbe besser zu dienen, als mit schematischem, durch nichts gerechtfertigten Lohnabbau. Sch.

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Familienabend der Zahlstelle Nürnberg.** Trotz der Notzeit hatten es sich die hiesigen Mitglieder nicht nehmen lassen, auch in diesem Jahre ihren Familienabend abzuhalten. Sie sind von dem Gedankengang ausgegangen, daß gerade in Notzeiten die Familie zusammenhalten muß, um sich gegenseitig wieder Mut zuzusprechen und über die Nöten der Familien zu beraten. Im großen Saale des kath. Gesellenhospiz hatten sich am Samstag, den 15. November, unsere Kollegen mit ihren Familienangehörigen und unsere jungen Freunde mit ihren Eltern recht zahlreich eingefunden. Für unseren Vorsitzenden, Kollegen Fuchs, war es eine wahre Freude, die 350 Anwesenden, die ja alle eng mit unserem Verband verbunden sind, besonders unsere jungen Freunde, begrüßen zu können. Nach der Begrüßung und einem Musikstück schallte es durch den Saal: „Wir beugen das Eisen und zwingen den Stoff in hohen Tiegeln zu neuer Form, wir lassen die Maschinen ächzen und stöhnen, die Räder zittern und jagen. Wir Schmiede der Arbeit, wir Schmiede an der Zeit“. So hallte es aus dem Munde der Menschenmasse, die Kunde von dem ehernen Marschtritt der christlichen Arbeiterkolonnen gaben. So jauchzte dieser machtvolle Chor im Rhythmus der Arbeit und verhieß das Werden einer neuen Freiheit. Dieser wuchtige Sprechchor war für viele ein überwältigendes Erlebnis.

## Rückgang der Bautätigkeit der Schiffswerften.

Nach den in Lloyd's Schiffahrtsregister enthaltenen statistischen Angaben hat sich die Gesamttonnage der Schiffe, die Ende September in Großbritannien und Irland auf Stapel lagen, gegen Juni um 275 317 Tonnen verringert. Die im Bau befindliche Tonnage beträgt 1 116 746 Tonnen gegen 1 448 355 im September 1929. Auch die Tonnage der auf ausländischen Werften aufliegenden Neubauten ist gegen Juni um 213 000 Tonnen zurückgegangen. Über den Beschäftigungsstand der russischen Werften liegen keine Angaben vor. Von den fünf nächst England führenden Ländern der Schiffbauindustrie liegen in den Vereinigten Staaten 212 974, in Frankreich 209 307, in Deutschland 194 200, in Italien 188 384 und in Holland 184 920 Tonnen auf Stapel. Die zur Zeit im Bau befindliche Welttonnage beläuft sich auf 2 579 036 Tonnen, von denen 43,5 Prozent in Großbritannien und Irland gebaut werden. In den zwölf Monaten vor Ausbruch des Weltkrieges betrug der britische Anteil noch 57,2 Prozent.

Die Tonnage der im Bau befindlichen Petroleumtankschiffe ist gegen die Rekordzahlen des Juni um 76 000 Tonnen zurückgegangen. Von den 135 Tankschiffen, die zur Zeit gebaut werden, sind 122 Motorschiffe. Die Tonnage der auf Stapel liegenden Tankschiffe entspricht 40 Prozent der Gesamttonnage der im Bau befindlichen Dampfer und Motorschiffe, ein Prozentsatz, der bisher noch nie erreicht wurde. In Großbritannien und Irland übersteigt die Tonnage der auf Stapel liegenden Motorschiffe die der Dampfer um 160 000 Tonnen. In den übrigen Ländern werden 75 Prozent mehr Motorschiffe als Dampfschiffe gebaut.

Nach einem Musikstück ergriff Kartellvorsitzender Haag das Wort zu seiner Festrede. Er sprach tiefe Worte von den christlichen Grundideen unserer Gewerkschaften und trat vor allem kräftig dem Vorwurf entgegen, daß die christlichen Gewerkschaften die Arbeitergemeinschaft zersplittert hätten. Die folgenden Ausführungen gaben Aufschluß über die vielen Erfolge der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die es in vielen Fällen erst ermöglichten, die soziale und seelische Not in weiten Arbeiterkreisen zu mildern, die immer erfolgreich die Arbeiterinteressen gegen die Arbeitgeber wahrnahmen und zielbewußt am Aufbau des Staates im christlichen Sinne mitarbeiteten. Am Schluß umriß der Redner die Ziele und Aufgaben unserer Bewegung in den nächsten Jahren. In der Gemeinschaftsarbeit des Verbandes unter dem Wahlspruch „Gut christlich und deutsch“ liege die Stärke und Unbesiegbareit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Mit einem warmen Appell an den Gemeinschaftsgeist des deutschen Volkes schloß Kollege Haag seine aufmunternden, begeistert vorgetragenen Ausführungen, um noch einige herzliche Worte der Anerkennung und des Dankes den beiden Jubilaren zu widmen, die an diesem Abend für ihre vorbildliche 25jährige Verbandsstreue geehrt wurden. Anschließend überreichte unser Vorsitzender, Kollege Fuchs, den beiden Jubilaren, Gaufrichter Kollege Erpenbeck und Kollege Köbber, im Namen des Zentralvorstandes und der Zahlstelle die silberne Ehrennadel und das Diplom. Im Namen der Geehrten sprach Kollege Erpenbeck warme Worte des Dankes und gedachte der verflochtenen 25 Jahre des Kampfes, aber auch des Erfolges. Nach einem Gedicht gedachte Kollege Czane in längeren Ausführungen der Jugendbewegung und wies die Anwesenden besonders auf die im Saale aufgestellten Freizeitarbeiten der Jugend hin. Nach dem Treugelöbnis der Jugend nahm derselbe die Verteilung der Anerkennungspreise für die Freizeitarbeiten vor.

Begeistert wurde nach diesem ersten Teil des Familienabends das Jugendsturmlied: „Wann wir schreiten Seit an Seit“ gesungen. Musik, gemeinsam gesungene Lieder, ein Hans-Sachs-Spiel und einige humoristische Vorträge gaben einen frohen Ausklang dieses schön verlaufenen Familienabends, der sicherlich auch von großem Erfolg für die Dorwärtsentwicklung der Zahlstelle sein wird.

**Gelsenkirchener 30-Jahrfeier.** Die Zahlstelle Gelsenkirchen feierte in den Räumen des Deutschen Hauses ein wohl gelungenes 30jähriges Stiftungsfest. Der erste Vorsitzende der Zahlstelle Gelsenkirchen, Leister, eröffnete den Festabend mit einigen herzlichen Worten der Begrüßung für die überaus zahlreich erschienenen Freunde und Gäste. In kurzen, ernsten Worten gedachte er der letzten Bergwerkskatastrophen von Alsdorf und Mauth. Den toten Helden der Arbeit zu Ehren erhob sich die Versammlung still von den Plätzen.

Kollege Leister begrüßte dann den Vertreter des Zentralvorstandes, Bezirksleiter Rust aus Essen. Der Vorsitzende der Zentrale Köln war leider verhindert, den Jubelverein selbst begrüßen zu können. Der erste Vorsitzende dankte auch der Presse für ihr freundliches

Erscheinen. Dann stellte er der großen Festgemeinde die beiden Jubilare des Tages vor, Johann Stratmann und Johann Demuth, die Samstagabend ihre 25jährige Zugehörigkeit zum Zentralverband der Christlichen Holzarbeiter, Zahlstelle Gelsenkirchen, feiern konnten. Johann Stratmann feierte gleichzeitig noch ein anderes Jubiläum. Er führt seit 23 Jahren zur Zufriedenheit aller Kollegen die Kassengeschäfte der Ortsgruppe Gelsenkirchen. Johann Demuth begleitet seit langem eine Vertrauensstelle in der Bewegung.

Leister führte dann noch in etwa aus: Wenn wir heute auf unser 30jähriges Bestehen zurückblicken können, so wollen wir auch dankbar derer gedenken, die das Werk in schwieriger Zeit ins Leben gerufen haben. Auch ihnen gehört unser Dank am heutigen Festabend. Anschließend ergriff Kollege Ruff vom Zentralvorstand das Wort zu seiner Festrede. Er übermittelte zuerst im Namen des Zentralvorstandes der Zahlstelle Gelsenkirchen die herzlichsten Glückwünsche zu dem heutigen Jubeltage. Er selbst trat 1902 der Zahlstelle Gelsenkirchen als Mitglied bei. Er sagte dann: „Wir haben heute doppelte Ursache, uns als Tischlergesellen zu einer starken Organisation zusammenzuschließen. Es war in den ersten Jahren der Gründung schwierig, sich neben den anderen Gewerkschaften behaupten zu können. Heute zwingt uns die wirtschaftliche Notlage dazu, die Reihen fest zu schließen. Wir haben uns in den bewegten Zeiten der Nachkriegszeit und der Inflation zu halten vermocht und wir stehen auch heute wieder stark da innerhalb der großen Kette der Gewerkschaften. Auf dem letzten Verbandstag ist beschlossen worden, wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage die 40-Stundenwoche einzuführen, ohne vorläufigen Lohnausgleich. Das ist ein Akt der Solidarität gegenüber unseren arbeitslosen Kollegen. Die Schuld der großen Arbeitslosigkeit ist nicht allein in dem verlorenen Krieg, sondern auch in der immer mehr zunehmenden Rationalisierung der Betriebe zu suchen. Durch das augenblickliche Chaos in der Holzindustrie, durch die Kündigung des allgemein verbindlichen Lohnabkommens, ist der einzelne Holzarbeiter heute mehr denn je auf sich selbst angewiesen. Die Zeiten sind ernst. Vielleicht haben wir das Schwerste noch zu überwinden. Aber wir wollen nicht verzagen, und wir werden auch der letzten großen Stürme Herr werden.“

Anschließend nahm er die Ehrung der beiden Jubilare vor und überreichte ihnen zwei schöne Ehrendiplome. Sechs Kollegen leben heute noch, die die Gründung mitgemacht haben. Zu den Mitgliedern aus der früheren Zeit gehört auch der jetzige Gelsenkirchener Bürgermeister Joseph Sprenger, der Samstagabend leider nicht anwesend war. Im Namen der beiden Jubilare dankte dann Kassierer Stratmann allen für die freundlichen Ehrungen. An die Ehrung der Jubilare schloß sich der bunte, gemütliche Teil an. Den Reigen eröffnete ein ausgezeichnetes Theaterstück, ein Sketch: „Drei Tage Baron“, aufgeführt von Mitgliedern des Vereins. Alle Darsteller taten ihr Bestes. Aber sie alle wurden überragt von einem, das war der Schusterjunge Anton. Dieser junge Mann bot ganz vorzügliche Theaterkunst. Die nächsten Stunden füllten noch Tanz und andere schöne Sachen aus, und bei dem Aufbruch hatte jeder das Bewußtsein, ein in allen Teilen harmonisch abgelaufenes Fest besucht zu haben.

**Bremen.** Unser Gauleiter, Kollege Ph. Jahn, 25 Jahre Verbandsmitglied. Die Zahlstelle Bremen hatte es sich nicht nehmen lassen, den Ehrentag des Koll. Jahn würdig zu begehen. Am 23. 11. veranstalteten wir einen Familienabend, zu dem neben den Mitgliedern mit Angehörigen auch der eingeladene Kartellvorstand erschienen war. Der Abend war den schlechten Zeitverhältnissen entsprechend schlicht und einfach ausgestaltet. Nach der Begrüßung und frischem Sang der Jugend, die mit Lauten und Geigen erschienen war, würdigte der 1. Vorsitzende, Koll. W. Baumbach, die Tätigkeit des Jubilars, rückblickend auf die ersten Jahre, wo nur eiserne Willenskraft des einzelnen sich Geltung in der roten Flut verschaffen konnte. Welche Änderung im Laufe der Jahre!

Gerade der jetzige Gauleiter hat es erfolgreich verstanden, als schlichter Holzarbeiter die harten Kämpfe zu führen. Rebner gedachte dann der Tätigkeit des Jubilars als Gauleiter seit 1919. Schwierig sei das Amt hier oben im Norden, doch in treuer Zusammenarbeit wollen wir die Arbeit meistern. — Hierauf überreichte Koll. Fischer, der Zahlstellengründer, dem Jubilar das Diplom und die Silbermedaille mit humorvollen Worten. Es folgten weitere Glückwünsche der Kartelljugend und des Kartellvorstandes. — Der weitere Verlauf des Abends, Kaffee- und Kuchentafel, Verlosung und Musikstücke, ein kleines Tanzkränzchen sowie meisterhafte Leistungen eines Konzertzitherspielers, erweckten in uns, den sonst als steif verschrienen Bremern, einen Frohsinn, daß der Jubilar in seinen Dankworten mit Recht sagen konnte, selten einen solch schönen Abend gefeiert zu haben. — Uns jüngeren Kollegen soll diese Feierstunde Ansporn sein, das begonnene Werk tatkräftig auszubauen. W. B.

## Literarisches.

**Die Geschichte der Gewerkschaften.** Von Dr. Franz Hemala. 2. Auflage. 328 Seiten, Oktav. Halbt. 5,60 RM, brosch. 3,80 RM. Verlag der Typographischen Anstalt, Wien.

Der in der christlichen Gewerkschaftsbewegung Österreichs seit ihren ersten Anfängen hervorragend tätige Verfasser legt uns die zweite Auflage seiner Geschichte der Gewerkschaften vor, die bei ihrem ersten Erscheinen auch die Anerkennung der gegnerischen Kreise gefunden hat. Bringt sie ja eine gut orientierte, dabei den Leser nicht ermüdende Darstellung der Entwicklungsgeschichte aller Gewerkschaftsrichtungen von ihren ersten Anfängen bis zum heutigen Tage. Die eingehende Behandlung der Gewerkschaftsgeschichte der letzten Jahre brachte es mit sich, daß das Werk gegenüber der ersten Auflage in verdoppeltem Umfange erscheinen mußte. Der Verfasser behandelt zuerst die Vorläufer der Gewerkschaften, die im Mittelalter entstandenen Gesellenverbände, geht dann auf die englische Gewerkschaftsbewegung über, bringt sodann die Geschichte der freien Gewerkschaften Deutschlands und Österreichs und behandelt eingehend die Geschichte der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und Österreichs, dann die Geschichte der nationalen Gewerkschaften, der „gelben“ Gewerkschaften und schließlich die der freien, der kommunistischen und der christlichen Gewerkschaftsinternationale sowie der christlichen Gewerkschaft der Schweiz, Belgiens, Hollands, Frankreichs und der Tschechoslowakei. Wer den an Kämpfen reichen Aufstieg der Gewerkschaften kennenlernen will, wird nach diesem Werk greifen müssen.

**Geschäfts-Rechnen.** Heft 2: für Holzberufe (Schreiner, Wagner, Glaser, Küfer). Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft des Vereins Württembergischer Gewerbeschulmänner, e. V. Bearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft der Gewerbeschule Reutlingen. Verlag: Holland & Josenhans, Stuttgart. Preis 0,60 RM.

Das Heft „Geschäftsrechnen für Holzberufe (Schreiner, Wagner, Glaser, Küfer)“ bringt bei niedrigstem Preis eine reiche Fülle von Aufgaben aus allen Arten des bürgerlichen Rechnens bei absichtlicher Ausschaltung von rein sachlichen Übungen. Das Aufgabenheft erscheint als sehr brauchbar und eignet sich gut dazu, die Rechenfertigkeit an beruflichen und anderen Aufgaben zu steigern und klaffende Lücken auszufüllen. Die Sammlung kann den Lernenden und zum Gebrauch an Berufsschulen warm empfohlen werden.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Rhenntg. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln

**Die Fachschrift**  
die jeder strebsame Tischler haben muß:  
**Handwerkskunst im Holzgewerbe**  
Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich  
Bestell. bei Postanstalten oder direkt  
**VERLAG KÖLN · VENLOERWALL 9**

**Sprechmaschinen-Laufwerke** in allen Preislagen  
**Hausurwerke**  
  
z. Selbst- in 1a. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stück 30-cm-Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummianterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25-cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, 1a. Aluminium-Schalldose nur **Mark 26.—**.  
Versand per Nachnahme, Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von  
**Robert Husberg, Neuenrade i. W. 9**

**Intarrien jeder Art**  
Katalog  
gegen 0.50 Mark in Briefmarken  
**E. Biller, Heidelberg**  
Theaterstraße 7 II